

Anlage 1BSU
000604

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

Unruhigt und betroffen sieht die Konferenz der Ev. Kirchenleitungen, daß die Zahl derer, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürger-Vorst. stellen, nicht abnimmt, daß Bürger der DDR über die ungarisch-österreichische Grenze fliehen und daß einzelne ihre Ausreise aus der DDR mit anderen Aktionen zu erzwingen suchen.

Die Konferenz ist im Blick auf diesen Tatbestand ratlos. Sie kann keine Rezepte für eine kurzfristige Lösung dieser Probleme anbieten. Auch die von der Konferenz erbetenen Reiseerleichterungen haben in ihrem bisherigen Umfang nicht dazu geführt, die Zahl der Ausreiseanträge zu vermindern. Die Konferenz sieht eine Hauptursache für Ausreiseanträge darin, daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Reformen von Staatsorganen prinzipiell verweigert werden. Sie hält es für unabdingbar und dringlich in unserem Land einen Prozeß in Gang zu setzen, der die mündige Beteiligung der Bürger an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens und eine produktive Diskussion der anstehenden Aufgaben in der Öffentlichkeit sichert und Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht.

Wir bitten deshalb erneut und dringlich darum,

- offene und wirklichkeitsnahe Diskussionen über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu führen und sie nicht sogleich durch stereotype Belehrungen oder sogar Drohungen abzuwürgen;
- kritische Einwände der Bürger aufzunehmen und zu berücksichtigen, daß sie in erkennbaren Veränderungen wirksam werden, die allen zugute kommen;
- auf zutreffende Information und eine realistische Berichterstattung in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und in unseren Medien hinzuwirken, die nicht im Widerspruch zu dem steht, was der Bürger Tag für Tag selbst sieht und erlebt;
- daß die Behörden jeden Bürger als mitverantwortlichen Partner respektieren und ihn nicht als Untergebenen bevormunden;
- für alle Bürger, unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen, Reisemöglichkeiten in andere Länder zu eröffnen;
- allen ehemaligen DDR-Bürgern, die in ein anderes Land übersiedelt sind, die Rückkehr offiziell zu ermöglichen.

BSU
200605

Nur durch Offenheit und Hörbereitschaft werden die Kräfte zu gewinnen sein, die zur Lösung dieser Probleme gebraucht werden.

Die Konferenz ist sich dessen bewußt, daß die Lösung der gegenwärtigen Probleme ein langwieriger Prozeß sein wird. In diesem Prozeß wird auch die Verhandlungs- und Veränderungsbereitschaft anderer Staaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, wichtig, die Umdenken und neue Konzeptionen zuläßt, damit der Abbau der gegenwärtigen Spannungen und des einseitig wirkenden Wirtschaftsgefälles möglich wird.

Die Konferenz sieht ihre Aufgabe vorrangig darin, mit den Gemeinden zu bedenken, was es für uns als Kirche bedeutet, daß Menschen bei uns nicht bleiben wollen. Deshalb gibt sie diesen Brief ihren Gemeindegliedern zur Kenntnis, um sie damit zu einem Nachdenken über die angesprochenen Probleme zu ermutigen.

Am Leben und Handeln der Christen soll erkennbar sein, daß sie selbst bereit sind, sich zu verändern und in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Leich
Vorsitzender der
Konferenz der Ev. Kirchenleitungen